

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **85 (1994)**

Heft 18

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Politik und Gesellschaft Politique et société

Wirtschaft gegen CO₂-Abgabe

(d) Die Wirtschaftsförderung (Wf) und die ökologisch bewussten Unternehmer (Ö.B.U.) nahmen am 12. Juli an zwei Pressekonferenzen Stellung zur Vorlage der CO₂-Abgabe, die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt worden ist.

Solange nicht bestimmte Bedingungen erfüllt seien, lehne die Wf die Einführung einer CO₂-Abgabe entschieden ab, erklärte Wf-Präsident Hans Jucker. Nach Ansicht der Wf darf die Schweiz eine CO₂-Abgabe nicht im Alleingang, sondern – im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit – nur zusammen mit anderen Industriestaaten einführen.

Die ökologisch bewussten Unternehmer ihrerseits fordern eine differenziertere CO₂-Abgabe.

Die Erdöl- vereinigung zum Energiegesetz: «Kein grosser Wurf»

(ev) «Mit einer gewissen Ernüchterung muss festgestellt werden, dass der Gesetzesentwurf vor allem die leitungsgelassenen Energien Elektrizität und Gas an die sehr kurze Leine nehmen soll. Aus liberaler und marktwirtschaftlicher Sicht ist dies sehr zu bedauern, passt aber ins Bild der letzten Jahre helvetischer Energiepolitik. So sollen beispielsweise – neu – die Elektrizitäts- und Gaswerke verpflichtet werden, angebots- und nachfrageseitige

Massnahmen für eine sparsame und rationelle Energienutzung zu treffen. Dieser unter dem Begriff «Integrierte Ressourcenplanung» vorgeschlagene Ansatz enthält planwirtschaftliche Elemente und greift in die betriebswirtschaftliche Freiheit der Energieunternehmen ein (Aus «EV Inside»).

Superphénix wieder angefahren

(d/eved) Einen Tag nach der Erteilung der Betriebsbewilligung durch die französische Regierung ist am 4. August der Schnelle Brüter Superphénix in Creys-Malville angefahren. Der Start folgt nach vierjähriger Pause und Arbeiten zur Verbesserung der Reaktorsicherheit.

Der französische Premierminister hat zusammen mit dem Forschungsminister, dem Industrieminister und dem Umwelt-

minister das Dekret unterzeichnet, das dem Reaktor Superphénix seine neuen Funktionen zuweist. Die Anlage soll in Zukunft nicht mehr als Kernkraftwerk zur Stromerzeugung genutzt werden, sondern Forschungs- und Demonstrationszwecken dienen. Dabei sollen auf folgenden Gebieten Ergebnisse erbracht werden:

- Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerken heutiger Bauart
- Forschung zur Nutzung von Plutonium
- Forschung zur Reduktion von radioaktiven Abfällen

Ein Forschungsprogramm in Verbindung mit dieser Neuausrichtung ist ausgearbeitet und evaluiert worden.

Publication du rapport annuel 1993 de la DSN

(ef) Le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie fait savoir que le rapport de la Division principale de la sécurité des installations nucléaires (DSN) vient de paraître. L'état des installations nucléaires suisses et la conduite de leur exploitation en 1993 sont qualifiés de «bons» par l'autorité de surveillance de la Confédération.

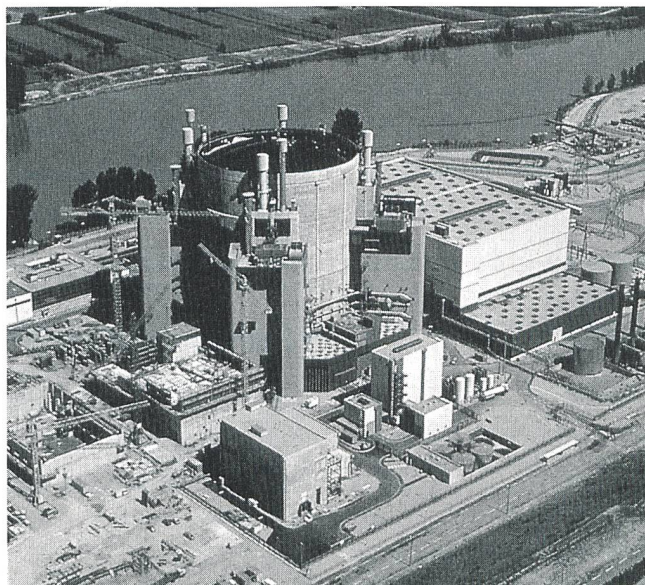
Gute Sicherheit der schweizerischen Kernanlagen

(eved) Die Aufsichtsbehörde des Bundes (HSK) beurteilt die technische Sicherheit und die Betriebsführung der schweizerischen Kernanlagen im Jahre 1993 als gut. Die Menge der aus den Kernanlagen an die Umgebung abgegebenen radioaktiven Stoffe und die dadurch verursachten Strahlendosen für die Bevölkerung lagen durchweg unterhalb der zulässigen Jahresgrenzwerte. Diese Strahlendosen betragen auch in der Nähe der Kernkraftwerke weniger als ein Prozent der mittleren Strahlenbelastung der schweizerischen Bevölkerung.

In ihrem soeben veröffentlichten Bericht nimmt die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) als zuständige Aufsichtsbehörde Stellung zur Sicherheit der schweizerischen Kernanlagen im vergangenen Jahr. Wie ihm weiter zu entnehmen ist, wurden auch die zulässigen Jahresgrenzwerte für die Strahlendosen des in den Anlagen beschäftigten Personals nicht überschritten.

Grössere Nachrüstprojekte wurden im Kernkraftwerk Beznau durch den Ersatz der Dampferzeuger sowie die Fertigstellung des Notstandssystems und des Containment-Druckentlastungssystems im Block I realisiert. Solche Druckentlastungssysteme wurden auch in den Kernkraftwerken Gösgen und Leibstadt eingebaut. Somit verfügen alle Schweizer Kernkraftwerke sowohl über Notstands- als auch über Containment-Druckentlastungssysteme.

Im Berichtsjahr wurden in den schweizerischen Kernkraftwerken insgesamt 13 meldepflichtige Ereignisse zeichnet. In den Forschungsanlagen gab es deren 8. Sie führten zu keinen schädlichen Auswirkungen für die Bevölkerung in der Umgebung. Gemäss der internationalen Störfall-Bewertungsskala für Kernanlagen (INES) gehören alle diese Er-



Schneller Brüter Superphénix in Creys-Malville

eignisse zur Stufe 0 (ohne Bedeutung für die Sicherheit).

Bürgermeister für Kernenergie

(ikk) Im Rahmen einer Tagung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gründeten die Bürgermeister der 19 deutschen Kernkraftwerks-Standorte einen Arbeitskreis. Er soll künftig eine Mittlerrolle zu Bundesregierung, Europäischer Union und den Kernkraftwerksbetreibern übernehmen. Einig sind sich die Mitglieder des Arbeitskreises über den hohen sicherheitstechnischen Standard deutscher Kernkraftwerke. Tschernobyl dagegen habe die Bevölkerung stark verunsichert. Die Standortvertreter forderten deshalb die Ausrüstung osteuropäischer Reaktoren nach deutschem Standard.

Der Arbeitskreis stellte fest, dass in allen Standortgemeinden die friedliche Nutzung der Kernenergie von einem Großteil der Bevölkerung mitgetragen wird.

Kernenergie in den USA mit wachsender Akzeptanz

(sva) Wie das amerikanische Nuclear Energy Institute (NEI) feststellte, hat sich in den USA die Einstellung der Öffentlichkeit zur Nutzung der Kernenergie im Verlauf der vergangenen Jahre deutlich verbessert. Zu dieser Einschätzung veranlasste eine Gallup-Meinungsumfrage vom Februar 1994, gemäss der die nukleare Elektrizitätsproduktion von 57% der Befragten befürwortet und von 37% abgelehnt wird. Eine starke Mehrheit von 71% vertritt zudem die Auffassung, dass der Kernenergie auch in der Zukunft für die Stromversorgung der Vereinigten Staaten wesentliche Bedeutung zukommen wird. Damit bestätigte die jüngste Umfrage die wachsende Akzeptanz der Kernenergie in den USA, die bei einer Erhebung von 1988 bereits 50% Zustimmung gefunden hat.

Überprüfung der britischen Kernenergiepolitik

Im Rahmen der nun in Gang gekommenen Überprüfung der britischen Kernenergiepolitik hat die Nuclear Electric plc. Energieminister Tim Eggar am 17. Juni 1994 einen umfassenden Bericht über die zu diskutierenden Probleme unterbreitet. Diese Dokumentation behandelt den Bau neuer Kernkraftwerke im Vereinigten Königreich, die energiepolitischen Aspekte und Umweltvorteile der Kernenergie sowie die angestrebte Privatisierung von Nuclear Electric.

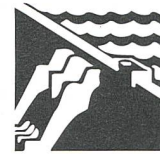
Energiecharta

(vdew) Fast zweieinhalb Jahre nach Unterzeichnung der Energiecharta in Den Haag im Dezember 1991 ist am 11. Juni 1994 in Brüssel eine politische Einigung zur rechtsverbindlichen Umsetzung der Charta erzielt worden. Der Vertrag legt im wesentlichen die Bedingungen fest, unter denen Privatunternehmen in die Modernisierung der osteuropäischen Energiewirtschaft investieren können. Dagegen soll den westlichen Ländern der Zugang zu den Energieressourcen aus dem Osten erleichtert werden. Ziel des Abkommens ist nach dem Willen der Parteien ein «gesamteuropäisches Energiekonzept – vom Atlantik zum Ural». Allerdings umfasst der Plan nicht nur alle Staaten der Europäischen Union sowie Ost- und Mitteleuropas, sondern auch die EFTA-Staaten sowie die USA, Kanada, Australien und Japan (insgesamt 51 Länder). Noch sind einige wichtige Punkte offen, die Gegenstand eines weiteren Abkommens bis 1. Januar 1998 sein sollen. Ohne die Ausklammerung dieser Punkte wäre eine Einigung nicht zustande gekommen. Offen sind vor allem die Inländergleichstellung sowie Garantien für Vorinvestitionen, die zur Diskriminierung von ausländischen Investoren führen könnten. Auch konnte der Gewinntransfer aus Osteuropa in das

Heimatland des Investors nicht in den Vertrag aufgenommen werden.

Dennoch enthält das Abkommen Schutzregelungen für westliche Unternehmen, die geeignet sein sollten, die notwendigen Investitionen zu fördern.

Die anfänglich beabsichtigte Liberalisierung des Energiemarktes über die Grenzen der Europäischen Union hinaus konnte nicht durchgesetzt werden. Die Unterzeichnung des Abkommens ist für Herbst 1994 vorgesehen.



Technik und Wissenschaft Technique et sciences

Gleichstrom überwindet Grenzen

Doppelte Umwandlung wirkt wie ein Puffer/Weniger Verluste bei langer Leitung

(vdew) In Osteuropa gehen Radiowecker manchmal anders. Das hängt mit der Frequenz des Stroms zusammen, die den Uhren als Taktgeber dient. Im westeuropäischen

Verbundnetz wird der Sollwert von 50 Hertz, also 50 Schwingungen pro Sekunde, promillegenau eingehalten. Anders in Osteuropa: Dort sind Schwankungen bis zu einem Hertz möglich.

Die unterschiedlich strenge Einhaltung der Frequenz ist einer von vielen Gründen, die eine direkte Koppelung von ost- und westeuropäischem Verbundnetz verhindern. Mit



Zwölf haushohe Türme vollgepackt mit elektronischen Bauteilen verwandeln in der Gleichstrom-Kupplung Etzenricht den Drehstrom aus dem Versorgungsnetz einmal in Gleichstrom und wieder zurück. Nur mit diesem technischen Kniff können die beiden unterschiedlichen Stromnetze in West- und Osteuropa miteinander verbunden werden